

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich 6 mal. Bezugspreis für 1/2 Morat 45 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 1 Goldmark.
Verkaufsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstraße 45
Fernsprecher 18

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Kleinzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50 % Nachlaß, die 3spaltige Reklamezeile 45 Goldpfennig. — — —
Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 13

Mittwoch, den 16. Januar 1924

48. Jahrgang

Amerikanische Wahrheiten!

Sensationelle Rede des Generals Dawes.

In Paris ist, wie gemeldet, das erste Sachverständigenkomitee der Reparationskommission unter dem Vorsitz des amerikanischen Sachverständigen, General Dawes, zusammengetreten. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache Barthous nahm Dawes das Wort zu einer wirklich aufsehenerregenden Rede. Mit einer direkt erhellenden Deutlichkeit wies er auf die wahren Ursachen der wirtschaftlichen Wirrnisse in Europa hin und nagelte die egoistischen Politiker fest, die sich der Vernunft in den Weg stellen. Gleich die Einleitung der Rede des Amerikaners wirkte verblüffend. Er sagte:

Der Durchschnittsbürger sei sich in allen Ländern nicht über die Hindernisse klar, die einer Regelung der Reparationsfrage im Wege ständen. Diese Hindernisse hätten ihren Ursprung im nationalen Hochmut, in der Ueberheblichkeit und dem egoistischen Interesse der verschiedenen alliierten Beamten, deren Vollmachten durch jeden mit Gewalt durchgesetzten internationalen Akt vergrößert würden. Sie hätten ihren Ursprung bescheiden in den unaufhörlichen Entstellungen der Wahrheit und dem Geschrei jener widerlichen Masgeier, der nationalen Demagoger aller Länder, die in dem gemeinsamen Unglück ein Mittel fänden, ihre eigenen traurigen Persönlichkeiten in ein besseres Licht zu setzen.

Man kann sich leicht vorstellen, welche lange Gesichter die herartig angefaßten „Politiker“ gemacht haben. Dawes ließ sich nicht beirren, sondern erinnerte daran, daß die Verbündeten sich im Kriege zur Schaffung des gemeinsamen Oberbefehls entschlossen hatten, weil damals eine Katastrophe unmittelbar bevorstand. In diesem Augenblick hänge alles davon ab, ob die Verbündeten und die ganze Welt klar „die Größe der Katastrophe erkennen, die jeden der Verbündeten und Europa bedrohe, falls der gesunde Menschenverstand nicht triumphiert.“ Die Antwort auf diese Frage würde durch das Resultat der Arbeiten des Ausschusses und die Art, in der die Reparationskommission dieses Resultat verwenden wird, erteilt werden. Wir amerikanischen Sachverständigen kommen als bescheidene Männer, und wir wissen, daß der Erweiterung der Sachkunde keine Schranken im Wege stehen die so mächtig wären, wie der Hochmut einer vorgefaßten Meinung.

Eine kolossale Wand von Nebeln.

Die amerikanischen Sachverständigen — erklärte Dawes weiter — hätten nur den einen Wunsch, sich nützlich zu machen. Sie seien entschlossen, zu verhindern, daß irgend etwas die Reparationskommission verhindern könnte, den Nutzen ihrer Mitarbeit, — falls von einer solchen gesprochen werden dürfte, — auch voll zu genießen. Jetzt sei nicht der Augenblick, viel Worte zu machen. Er wolle lieber ohne Umschweife sagen, wie die Lage sich ihm und seinen amerikanischen Kollegen darstellte. Sie sehen da zunächst eine unüberwindliche und kolossale Wand von Nebeln der öffentlichen Meinung, ein „Babylinth“, in dem die bisherigen Reparationsfachverständigen sich unmöglich zurechtfinden konnten.

Während der fünfjährigen, fruchtlosen Bemühungen, auf einem beständig schwankenden Grunde eine feste Grundlage für die Reparationsregelung zu machen, seien die wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands nahezu zusammengebrochen. Als die Welt das wirtschaftliche Leben Deutschlands mehr und mehr erblickte, hätte der Kredit aller europäischen Verbündeten einen Stoß erlitten; den die Welt habe erkannt, daß Deutschland mit der Arbeitsfähigkeit des deutschen Volkes auch die Fähigkeit zu den Reparationszahlungen verliert, die ein so wichtiges Element der Zahlungsfähigkeit Europas darstellt.

Das ist doch ganz entschieden eine andere Tonart, als man sie bisher zu hören bekam, und man kann nur hoffen, daß die Amerikaner in der Kommission sich durchsetzen werden.

Wasser um den Brand zu löschen.

Dawes fuhr fort, er habe den Eindruck, daß die amerikanischen Sachverständigen die Lage schließlich ebenso ansehen wie die Mitglieder der Reparationskommission. Die Kommission habe festgestellt, daß das Haus in Flammen steht, und suche jetzt Wasser, um den Brand zu löschen. Es sei nicht Sache des Ausschusses, sondern der Reparationskommission, sich um die politischen Wirkungen des Berichts zu kümmern, den der Ausschuss über die Frage des deutschen Budget-Ausgleiches und der Stabilisierung der Währung ausarbeiten werde. Je mehr er in Paris mit unmittelbar beteiligten Persönlichkeiten plaudere, desto mehr habe er den Eindruck, daß die Reparationskommission sehr weise gehandelt habe, als sie die Aufgaben des Sachverständigenausschusses klar umriss. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands werde nach Maßgabe der Wiederbelebung seiner wirtschaftlichen Funktionen unter der Wirkung einer stabilen Währung und eines ausgeglichener Budgets zu erlangen. Dann werde man zum erstenmal grundlegende

und entscheidende Tatsachen in Rechnung stellen können. Es handle sich für den Augenblick weniger um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, als um die Fähigkeit und den Mut des Ausschusses zum Handeln.

Dawes schloß mit der Erklärung, daß man keine Zeit mit Formalitäten und Höflichkeitsakten verlieren, sondern gleich zur praktischen Arbeit übergehen solle. Die Beschäftigung mit dem Ausgleich des deutschen Budgets habe keinen Wert, solange das deutsche Geld keine Kaufkraft habe. Deshalb müsse man vor allem ein System zur Stabilisierung der deutschen Währung feststellen. Es gelte, Wasser für die Mühlen des deutschen Budgets zu finden. Die Mühlen werden gebaut werden, sobald das Wasser gefunden sei, das diese Räder drehen soll.

Die bayerische Pfalz.

England fordert Klarheit.

Diesmal bleibt die englische Regierung fest und sie verlanget mit einer Hartnäckigkeit, die den Franzosen sichtlich unangenehm ist, volle Klarheit über Speyer und die gesamte Separatistenbewegung. Diese Klarheit soll ihr der nach der Pfalz entsandte britische Generalkonsul in München, Clive, verschaffen, über dessen Mission der nachstehende amtliche englische Bericht Näheres besagt:

„Die englische Vermutung, daß die separatistische Bewegung in der Pfalz nur als das Ergebnis äußeren Einflusses hat auskommen können, um die normalen politischen Verhältnisse durch Gewalttaten und Einschüchterungen umzuwerfen, hat durch die von den betreffenden Stellen gezeigte eigenartige Abneigung gegen verfassungsmäßige Methoden neue Nahrung gewonnen. Die deutsche Verfassung liefert ausdrücklich Mittel vor, durch deren Anwendung die Bevölkerung der Pfalz wie jedes anderen Teiles des Reiches eine Milderung ihres politischen Status herbeiführen kann. Ein derartiger Vorgang brauchte nur durch die Stimmen eines Drittels der Wahlberechtigten in Bewegung gesetzt zu werden. Dieser Verzicht auf verfassungsmäßige Mittel stärkt nur die Auffassung, daß in der Pfalz kein allgemeiner Wunsch nach Autonomie herrscht, und daß die separatistische Bewegung von den separatistischen Kreisen gegen den freien Willen der Bevölkerung in Szene gesetzt wird.“

Endlich hat sich auch der englische Vertreter in der Rheinlandkommission, Lord Kilmarnock, den Schutzpatron der pfälzischen Sonderverbände, den französischen General de Metz, persönlich vorgekommen und dann einen ausführlichen Bericht nach London geschickt.

Die pfälzischen Kirchenvertreter in Koblenz.

Der Bischof von Speyer, Dr. Sebastian, und der Präsident des protestantischen Landeskirchenrates, Dr. Fleißmann, hatten Gelegenheit, beim englischen Oberkommissar, Lord Kilmarnock, einen Besuch abzulassen. Beide Herren konnten eingehende Aufklärung über die Zustände in der Pfalz geben und insbesondere darauf hinweisen, daß Gefahren in moralischer und religiöser Hinsicht in der Pfalz vorhanden sind. Bischof Sebastian besuchte sodann noch den italienischen Oberkommissar und wegen Erkrankung des belgischen Oberkommissars dessen Adjutanten, denen er ebenfalls deutlich zu erkennen gab, welche furchtbaren Nöte die Bevölkerung der Pfalz durchzumachen habe, und daß die allgemeine Lage der Pfalz eine baldige Klärung verlange.

Die Pfälzer und Clive.

Mannheim, 15. Januar. Der englische Generalkonsul Clive hat heute die berufenen Vertreter der Pfalz zu einer Aussprache empfangen. Vertreten waren sämtliche Verbände der Pfalz, sämtliche politischen Parteien, sowie das Oberhaupt der katholischen und evangelischen Kirche. Die Aussprache ergab, daß die Separatisten nur durch den Schutz des Generals de Metz und der französischen Bezirksdelegierten festhalten und ihre Gewalt Herrschaft gegen den einmütigen Willen der wehrlosen pfälzischen Bevölkerung aufrechterhalten könnten. Ein Arbeiterführer erklärte, das Pfälzer Volk sei in keiner Frage so einig gewesen, wie in der Ablehnung der separatistischen Bewegung. Die versammelten Vertreter der pfälzischen Völkchen übergaben dem englischen Generalkonsul als dem Abgesandten der Regierung Großbritanniens eine Rundgebung, in der sie erklärten, daß sich die pfälzische Bevölkerung niemals der Herrschaft der sogenannten separatistischen Regierung mit ihren landfremden, sittlich minderwertigen Elementen beugen werde. Nur durch die direkte Unterwerfung der französischen Besatzung sei die separatistische Gewalt Herrschaft gegen eine mehr- und widerlosere Bevölkerung möglich. Die Rundgebung bittet schließlich im Namen der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes den Vertreter der britischen Nation, bei seiner Regierung dahin wirken zu wollen, daß der Pfalz wieder der Rechtsboden der deutschen und bayerischen Verfassung, des Versailler Ver-

trages und des Rheinlandabkommens gegeben und die Bevölkerung von der Separatistenherrschaft befreit wird.

Separatistische Drohung mit Selbstmord.

Speyer, 15. Januar. Die sogenannte „Regierung der autonomen Pfalz“ zwingt der Presse eine Veröffentlichung auf, in der sie darauf hinweist, daß sie bisher keine Maßnahmen zum Schutze ihrer Mitglieder und „Beamten“ getroffen habe. Seit dem „Attentat“ von Speyer seien aber die Mitglieder der „Regierung“ und die „Bezirkskommissare“ mit Briefen überschüttet worden, worin allen Separatisten das gleiche Schicksal angekündigt wird, das Heinz beschieden war. Die „Regierung“ sehe sich deshalb zu folgender Ankündigung veranlaßt:

„Für jeden gegen ein Mitglied oder einen Beamten der Regierung der autonomen Pfalz verübten oder versuchten Anschlag haften die fünf angesehensten Bürger der Pfalz aus dem Gegenlager mit ihrem Leben und gesamten Vermögen.“

Das Reich und Thüringen.

Die Einigungsformel.

Die in Berlin geführten Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der thüringischen Regierung sind durch eine Art Kompromiß beendet worden, sodaß von der geplanten Entsendung eines Reichskommissars nach Thüringen Abstand genommen werden konnte. Wie jedoch die Reichsregierung über die ganze Lage denkt, ergibt sich aus folgender amtlicher Darlegung:

Die thüringische Landesregierung entspricht in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung objektiv nicht den Vorschriften der thüringischen Landesverfassung. Die gegen die thüringische Landesregierung erhobenen Beschwerden haben sich auch nach der eingehenden Aussprache mit den Vertretern der Landesregierung zu einem erheblichen Teil als begründet erwiesen. Kamentlich gibt die Beamtenpolitik der thüringischen Landesregierung der Reichsregierung zu schweren Bedenken Anlaß, weil die Grundsätze des Artikels 130 der Reichsverfassung vielfach außer acht gelassen sind. Verletzungen gegen das Reichsstrafgesetzbuch im thüringischen Ministerium des Innern, welche im Zusammenhang mit der Beamtenpolitik stehen, bilden zurzeit den Gegenstand strafrechtlicher Untersuchung.

In einer Gegenerklärung befreit die thüringische Regierung die gegen sie erhobenen Vorwürfe. Sie habe die Deffektivität nicht zu scheuen.

Einsetzung des Kontrollausschusses.

Immerhin aber hat sich die thüringische Regierung zu folgenden Maßnahmen entschlossen:

Die thüringische Landesregierung wird Anstellungen, Beförderungen, Entlassungen (Versetzungen in den Wartestand oder Ruhestand), sowie Versetzungen von Beamten einschließlich der Lehrer bis zur Neubildung der Landesregierung nur mit Zustimmung eines Ausschusses von fünf Mitgliedern vornehmen und die nach dem thüringischen Notgesetz über die Herabminderung der Personalausgaben dem Staatsministerium oder einem einzelnen Ministerium zustehenden Befugnisse nur mit Zustimmung dieses Ausschusses ausüben. Vorsitzender des Ausschusses ist der Präsident des Oberlandesgerichts in Jena. Das thüringische Finanzministerium wird beauftragt, mit Beschleunigung für die Zeit vom 16. Januar bis 31. März 1924 einen Bedarfsnachweis aufzustellen und den außerordentlichen Bedarf aller Ministerien auf eine festbegrenzte Summe zu kontingentieren. Das thüringische Staatsministerium wird dem Finanzminister erweiterte Vollmachten übertragen. Gegen den Einspruch des Finanzministers oder seines Beauftragten dürfen Ausgaben nicht geleistet und finanzielle Verpflichtungen nicht übernommen werden. Das thüringische Staatsministerium wird der Reichsregierung über die in Ausführung dieser Beschlüsse getroffenen Maßnahmen Mitteilung zugehen lassen und ihr den aufgestellten Bedarfsnachweis zur Kenntnisnahme vorlegen.

Daraufhin hat die Reichsregierung davon abgesehen, besondere Maßnahmen gegen Thüringen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zu ergreifen.

Der Sturz des Frant.

Der Frankfurter und die allgemeine Lebensmittellage verursachen in französischen Regierungskreisen größte Besorgnis. Nach dem diplomatischen Mitarbeiter der „Daily Mail“ gedenkt die französische Regierung eine Reihe von Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, von denen die hauptsächlichsten die nachstehende sind: 1. Die Auferlegung einer besonderen Steuer von 100 Millionen Pfund Sterling, 2. Verkauf der bestehenden Regierungs-Staatsmonopole, die unter Beaufsichtigung des Staates nicht restlos ausgenutzt sind, 3. einschneidende Maßnahmen auf dem Verwaltungsgebiete und in der sozialen Ge-

setzung, um eine äußerste Sparfamkeit zu entfalten. Wie der Korrespondent hinzufügt, ist die Mehrheit des französischen Volkes mit diesen drei Maßnahmen, auch mit der erstgenannten, einverstanden.

Der frühere französische Außenminister Loucheur nennt im „Petit Journal“ verschiedene Abhilfemittel, die nach seiner Auffassung der trostlosen französischen Wirtschaftslage steuern sollen. Loucheur geht von der Tatsache aus, daß in Frankreich mehr als 10 Milliarden Franken an fremden Wertpapieren untergebracht sind. Der französische Staat könnte gegen Bezahlung zum augenblicklichen Frankkurs die Hand auf einen großen Teil dieser Wertpapiere legen und sie zum geeigneten Augenblick auf dem Wertpapiermarkt werfen, um dann der Hauffe Einhalt zu gebieten. Loucheur ist der Ansicht, daß keine andere Maßnahme dieselbe Aussicht auf Erfolg hat.

Ausweisung von Devisenschiebern aus Frankreich.

Auf Anordnung des französischen Innenministers wurden 9 gewerbsmäßige Devisenschieber, nämlich 7 Russen und 2 Griechen, die auf Frankenswährung spekulierten, ausgewiesen. Poincaré will retten.

Die unauffhaltsam fortschreitende Entwertung des französischen Franken (Montagabend ist der Dollar an der Pariser Nachbörse auf 23,27 Fr. gestiegen) wird von politischen und Geschäftskreisen in Frankreich mit Beklemmung beobachtet und übt auf weitere Kreise des französischen Publikums unerkennbare Depression aus. Die Stimmung äußert sich deutlich in dem Ueberdrücken, mit denen die Pariser Presse den neuen Sturz des Franken verzeichnet. Gustave Herve spricht in der „Victoire“ von einem neuen Verdun. Im „Journal“ erklärt ein französischer Bankdirektor, es komme jetzt darauf an, gegen Deutschland auf finanziellem Gebiete die Marneschlacht zu gewinnen.

Die französische Regierung sinit inzwischen fieberhaft auf Abwehrmaßnahmen, und zwar scheint Poincaré jetzt selbst die Sache in die Hand nehmen zu wollen. In der gestern abgehaltenen Sitzung des französischen Kabinetts hat er nämlich selbst Maßnahmen zum Schutz des Franken vorgeschlagen. Ueber den Ministerrat, der unter Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehalten wurde, gibt etwas folgende offiziöse Mitteilung aus:

Die Regierung hat beschlossen, am Donnerstag im Parlament eine Anzahl zusammenhängender Gesetzesentwürfe einzubringen, die die Wiederherstellung der Finanzlage, den Ausgleich des Wiederaufbaubudgets und die Ueberwindung der Krise auf dem Wechselmarkt zum Zwecke haben. Sie sehen vor:

1. Maßnahmen zur Unterdrückung der Steuerhinterziehungen; 2. Ersparnisse in der Verwaltung; 3. Vertagung sämtlicher Gesetzesentwürfe, die neue Lasten nach sich ziehen; 4. Erhebung von zwei weiteren Zehnteln von sämtlichen Steuern.

Die Regierung wird die schleunige Annahme dieser Entwürfe verlangen und die Vertrauensfrage stellen. Die Regierung hat ferner Maßnahmen getroffen, um die schleunige energetische Unterdrückung der Waisenspekulation auf die französische Devisen und die französischen Staatspapiere zu gewährleisten.

Die Auffassung in London.

London, 15. Januar. Die Blätter bezeichnen den neuen Sturz des Franken als aufsehenerregend und heben die in Paris darüber gezeigte große Besorgnis hervor. Dem Pariser Berichterstatter der „Morningpost“ zufolge ist die einzig mögliche Erklärung für den plötzlichen Zusammenbruch des Franken die, daß die großen und kleinen französischen Kapitalanlagen über die Wendung, die die Dinge genommen hätten, beunruhigt seien, weshalb sie ausländisches Geld und ausländische Wertpapiere kauften gegen Abgabe französischer Wertpapiere. Der Pariser Berichterstatter der „Daily News“

schreibt, die Ursache des Franksturzes werde in Frankreich auswärtigen Beziehungen gesucht. Man erwähne in diesem Zusammenhang die britische Haltung nach der Erschiebung des Separatistenführers Heinz in Speyer und Lord Curzon's Beharren auf einer unabhängigen Untersuchung der Lage in der Pfalz. „Daily News“ schreiben in einem Leitartikel, die Wirkung der Ruhrinvasion, des Verschwindens Deutschlands als einer wirtschaftlichen Einheit und des beunruhigenden Sturzes des Franken seien jetzt klar zu übersehen. Auch „Manchester Guardian“ führt aus, man könne nur hoffen, daß das Dilemma, in dem sich der nächste französische Finanzminister befinden werde, ihn dazu veranlassen werde, Deutschland weniger als einen Feind anzusehen, der zerschmettert werden müsse, als vielmehr als einen Schuldner, der bei vernünftiger Behandlung Frankreich zum schließlich finanziellen Gleichgewicht verhelfen könne.

Gefährdung der Rentenmark.

Helfferich über die nichterfüllten Voraussetzungen.

In einem Artikel über „Geld- und Wirtschafts-Stabilisierung“, den Staatsminister Dr. Helfferich im „Berliner Börsen-Courier“ veröffentlicht, geht er zum Schluß auf die Voraussetzungen ein, unter denen die Stabilisierung unseres Geldes, wie sie durch die Rentenmark erreicht worden ist, aufrecht erhalten werden kann. Man wird diesen Worten des Vaters des Gedankens der Rentenmark ganz besondere Beachtung zu schenken haben, da sie zeigen, daß selbst die besten Pläne scheitern, wenn nicht die entsprechenden Taten folgen. Helfferich schreibt:

Manch einer der Pessimisten und Zweifler will heute von der Opposition, die er dem Projekte gemacht hat, nicht gerne mehr etwas wissen. Ich könnte, nachdem ich unsagbare Arbeit und Mühe an die Konstruktion wie an die Durchsetzung des Projektes gewandt habe, damit zufrieden sein. Aber ich bin mir vollkommen klar über die Grenzen dessen, was die Rentenmark leisten kann. Mit den hier ins Spiel gesetzten Mitteln, so große Opfer sie für die wirtschaftlichen Verhältnisse bedeuten — Opfer, für die man allerdings bei den Fanatikern der „Sachwertelassung“ hergeblidht Verständnis suchen würde, konnte nur die unmittelbar drohende Katastrophe noch einmal abgewendet und für das deutsche Volk eine Atempause geschaffen werden. Alles weitere hängt davon ab, ob innerhalb dieser Atempause die auf anderen Gebieten liegenden Voraussetzungen geschaffen werden können und tatsächlich geschaffen werden, die allein eine dauernde Konsolidierung des deutschen Geldwesens ermöglichen: auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Staatsfinanzen, vor allem aber auf dem Gebiete der Leistungen an unser Kriegsgegner. Es handelt sich hierbei nicht nur um die Leistungen, die für die sogenannten „Reparationen“ von uns gefordert werden, sondern um den gesamten Komplex aller ohne Entgelt von uns verlangten Zahlungen und Lieferungen. Vor allem auch um die von den Okkupationsmächten geforderten Zahlungen auf die Besetzungskosten. Der Betrag dieser Anforderungen allein wird von amtlicher Seite auf gegen 100 Millionen Goldmark monatlich geschätzt; der Jahresbetrag ist mit mehr als einer Milliarde Goldmark höher als die gesamten Jahresausgaben, die das Kaiserliche Deutschland vor dem Krieg für seine ganze bewaffnete Macht zu Wasser und zu Lande aufgewandt hat. Wo sind heute diejenigen im Innern und Ausland, die sich in jene Zeiten über die von dem „Deutschen Militarismus“ verschlungen und damit den Kulturaufgaben entzogenen gewaltigen Summen aufregen? Wer stellt heute die Tatsache an den Pranger, daß die Okkupation des Rheinlandes allein dem verarmten deutschen Volke eine größere Last auferlegt als je der verschriene „deutsche Militarismus“?

„Na, ich war heute vormittag bei Mohrmanns. Ich traf niemand zu Hause. Auch Frau von Pogany war ausgegangen, und als ich nach Fräulein Mohrmann fragte, wurde mir entgegnet, sie sei verreist. Ich mochte nicht weiter fragen, um nicht indiscret zu erscheinen, auch nahm ich an, daß sie ihren Vater begleitete. Es ist ja auch einerlei. Haben wir heute abend ein kleines Spielchen?“

„Ich denke ja — Mister Hofson verlangt seine Revanche“, entgegnete der Marquis zerstreut und begab sich in das Spielzimmer, wo ihn der Amerikaner und der Direktor Horn erwarteten.

Das Spiel begann, aber der Marquis schien heute abend nicht ernst bei der Sache zu sein. Er zahlte mehrere Male falsch und mußte um Entschuldigung bitten. Er verlor, was sonst nicht oft vorkam, und frühzeitig brach er das Spiel ab, ein Unwohlsein vorschützend. Er entfernte sich auch bald, während der Direktor die Bank übernahm. Er hatte kein Glück, der Amerikaner plünderte ihn ordentlich, und der Major gewann eine beträchtliche Summe. Auch der junge Graf Estorff ging mit gefüllter Brieftasche heim. Wenn Doktor Arnoldi zugegen gewesen wäre, hätte er bei ihm den Wechsel einlösen können, aber Arnoldi war mit dem Hofrat auf Reisen. Die günstige Gelegenheit, seine Schulden zu berichtigen, ging über, und an einem der folgenden Abende verlor Graf Alex wieder den ganzen Gewinn.

Am Morgen nach diesem Abend saß Frau von Pogany am Frühstückstisch, als der Marquis gemeldet wurde. Sie befand sich noch im Neglige. Ein alter Morgenrock von verschliffenem dunkelgrünem Samt umhüllte ihre hagere Gestalt. Ihr gelbliches Gesicht war noch nicht gepudert und geschminkt; unordentlich hing das schwarze Haar, in das sich bereits einzelne graue Strähnen mischten, ihr um den Kopf. Die dunklen Augen hatten ihren Glanz verloren, da noch kein künstliches Mittel angewandt war, um diesen Glanz hervorzurufen; schlaff und weck waren ihre Lippen und ihre Wangen. Nur an ihren Handgelenken klirrten schon wieder die Ketten und Armbänder.

Vergerlich wollte sie den Besuch des Marquis abweisen, als dieser das Stubennädchen beiseite schob und in das Zimmer trat die Tür hinter sich verschließend.

„Was soll das heißen, Marquis, mich so früh zu überfallen?“ fragte Frau von Pogany erstaunt und erzürnt.

„Ich denke“, erwiderte der Marquis mit spöttischem Lächeln, „zwischen uns braucht es solcher Formlichkeiten nicht mehr, Baronin.“

„Es gab eine Zeit“, sprach Frau von Pogany, mit elegischem Augenausschlag, „in der Sie anders dachten, Carlo.“ „Lassen wir die Vergangenheit ruhen“, versetzte er ungeerdig. „Sie sind nicht mehr die gefeierte Schönheit von Budapest und ich nicht mehr der unerfahrene Tor, der zu Ihren Füßen schmachtete.“

Über das mag hier auf sich beruhen. Nicht auf sich beruhen kann jedoch die Tatsache, daß seit einiger Zeit die Reichsregierung diese Zahlungen an die Okkupationsmächte wieder aufgenommen hat, denn damit ist

auf neue ein Loch in den Boden des Fasses geschlagen worden. Alle Berechnungen des Finanzministers für seinen Etat sind ohne Berücksichtigung dieser Zahlungen aufgestellt worden; und ich stehe nicht an zu sagen, daß ein Etat unter Berücksichtigung dieser ganz in die Willkür der Okkupationsmächte gestellten Zahlungen überhaupt nicht zu begleichen ist.

Der mit der Einführung der Rentenmark erzielte Erfolg wird also mit der Wiederaufnahme dieser Zahlungen auf das äußerste gefährdet. Diese Gefährdung sei hiermit, um rechtzeitig zu warnen und um jede Verwischung der Verantwortlichkeiten von vornherein zu verhindern, mit allem Nachdruck festgesetzt.

Beispielwahlen.

Die Ergebnisse der am Sonntag in Sachsen stattgefundenen Gemeindevahlen liegen nun ziemlich vollständig vor. Sie bedeuten einen außerordentlichen Erfolg des Bürgerturns und eine fast katastrophale Niederlage der Linken, insbesondere der Sozialdemokratie, die selbst vom „Vorwärts“ als ein „bedauerlicher Mißerfolg der Partei“ zugegeben wird. Man wird die Bedeutung von Gemeindevahlen im allgemeinen nicht überschätzen, aber die sächsischen Wahlen sind deshalb von besonderem Art, weil sie in allen Gemeinden zugleich stattfanden und somit ihr Ergebnis beispielgebend für die kommenden Landtagswahlen und ebenso für die späteren Reichstagswahlen ist. Der Ausgang dieser Wahlen zeigt die Gesamtstimmung des Landes. Er zeigt, daß das Wort vom großen Ruck nach rechts nicht nur ein Wort ist, sondern, das die Stimmung des deutschen Volkes und selbst des Teiles des deutschen Volkes, der bisher als der rotadikalste galt, eine entschiedene Schwermung nach rechts unternommen hat.

Eine Zeit, wie die ist, in der wir leben, wird bei Wahlen immer den extremen Parteien besondere Erfolge bringen. Bei der bekannten Eigenart des sächsischen Volkstammes mußte hier ganz besonders damit gerechnet werden, und es ist bezeichnend, daß der Hauptanteil der Erfolge von der extremen Rechtspartei, von den Deutsch-Sozialen, eingeheimst wurde, während der Zuwachs, den die Kommunisten verzeichnen können, in keiner Weise genügt um die Verluste der Sozialdemokraten auch nur zum Teile wettzumachen. Auf der rechten Seite sieht es anders aus. Trotz des großen Erfolges der rechtsextremen Parteien ist die Deutsche nationale Partei außerordentlich angewachsen und dürfte wohl die stärkste Partei Sachsen werden, während die Sozialisten nahezu ein Drittel ihres Bestandes einbüßen. Die Volkspartei scheint im großen und ganzen ihren Bestand erhalten zu haben, aber sie würde gewiß auch einen Zuwachs verzeichnen können, wenn nicht die unentschiedene Politik der Stresemann-Partei im Reiche auch auf das Gefühl der Gemeindevähler abgefärbt hätte. Die Demokratische Partei scheint diesmal noch mit einem blauen Auge davon gekommen zu sein, wobei allerdings zu bemerken ist, daß ihr die an verschiedenen Wahlen angewandte Listenverbindung der bürgerlichen Parteien offenbar zuzustatten gekommen ist. Ein sehr lehrreiches Beispiel für die kommenden großen Wahlen gibt die Tatsache, daß die Wahlbeteiligung im allgemeinen äußerst schlecht war. Es scheinen fast 30 bis 40 Prozent der Wähler den Urnen ferngeblieben zu sein und ihrer Wahlpflicht nicht genügt zu haben. Es liegt im Staatsinteresse, daß man dieser Tatsache ernste Aufmerksamkeit widmet und überlegt, ob nicht Mittel und Wege gefunden werden können, die Säumnigen bei den entscheidenden Grobwahlen zur Erfüllung ihrer Pflicht zu veranlassen.

„Es war doch eine schöne Zeit“, seufzte sie. „Der Marquis zuckte die Schultern. „Vorüber ist vorüber. Beschäftigen wir uns lieber mit der Gegenwart. Wo ist Fräulein Ella?“

„Verreist“, entgegnete sie kurz. „Wollen Sie eine Tasse Tee?“ Da sind frische Brötchen, Schinken und Eier.“

„Ich danke. — Was ist das für eine Reise? Weshalb hat man mir nichts davon gesagt? Wohin ist Ella gereist? Sie antworten Sie doch, zum Ausdruck!“ rief er ärgerlich und schlug mit der Hand auf den Tisch, daß die Tassen leise klirrten.

Sie sah ihn erstaunt an. „Sie scheinen zu vergessen, Carlo, wo sie sich befinden.“ Sprach sie hochmütig.

„Ach was! Lassen wir die Dummdheiten. Antworten Sie mir auf meine Frage. Was bedeutet die mysteriöse Reise? Wohin ist Ella gereist?“

„Mysteriös ist diese Reise durchaus nicht, mein Lieber. Der Hofrat hat seine Genehmigung dazu erteilt. Und Sie brauchen wir doch wohl kaum um Erlaubnis zu fragen.“

„Ist Ella nach Wiesbaden gefahren?“

„Nein, nach Lantow.“

„Ein Landstift irgendwo da hinten an der Ditsche, glaube ich. Ich bin in diesen barbarischen Gegenden nicht so bekannt, um Ihnen genaue Auskunft geben zu können. Fragen Sie Herrn von Winnefeld.“

„Was hat Herr von Winnefeld mit dieser Reise ELLA zu tun?“

„Nun, Ella ist doch mit seiner Mutter und seiner Schwester nach diesem sibirischen Landstift gefahren.“

Die Gekrümmte stieg dem Marquis in die Stirn. Sein hagere Gesicht verzog sich zu einer Grimasse. Er stützte beide Hände auf den Tisch, neigte sich zu ihr hinüber und schrie sie an: „Und davon haben Sie mich mit keinem Wort benachrichtigt?“

Sie streckte abwehrend die Hände gegen ihn aus. „Ich muß doch sehr bitten, Marquis.“

Er roste im Zimmer auf und ab. Frau von Pogany beschäftigte sich eifrig mit ihrem Frühstück. Endlich sagte er, fast gewaltsam zur Ruhe zwingend: „Maria, wissen Sie, was für uns alle auf dem Spiele steht. Sagen Sie mir die Wahrheit. Ist dieses Lantow das Gut der Frau von Winnefeld? Und wie kommt Ella zu dieser Bekanntschaft?“

„Sehr einfach, mein Freund. Frau von Winnefeld und ihre Tochter — übrigens nicht mein Geschmack, Sie hätten nur die unmöglichen Toiletten der Damen sehen sollen — nun, sie machten hier einen Besuch und luden Ella zu einem Besuch auf Lantow während der Festtage ein und Ella ist mit ihnen vor einigen Tagen dahin abgereist, nachdem der Hofrat seine Genehmigung dazu erteilt hatte. Das ist das Ganze.“

„Und daß sagen Sie so ruhig?“ rief der Marquis wütend. „Wissen Sie, was hinter dieser Einladung steckt?“

(Fortsetzung folgt.)

Opfer der Liebe.

Roman von D. Ester.

15. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

„Ja, für sie. Aber sie ist nicht allein. Ihren Vater habe ich noch nicht kennen gelernt, über seine Geschäfte sind wir auch noch im unklaren und diese Frau von Pogany erscheint mir etwas zweifelhaft. Ich möchte zuerst etwas Näheres über die Familie in Erfahrung bringen.“

Hemming schaute sehr ernst vor sich hin. Er dachte an den Klub der Kosmopoliten, den der Hofrat gestiftet hatte. Wenn der Hofrat auch wenig in dem Klub verkehrte und sich so gut wie gar nicht an dem dortigen Spiel beteiligte, so stand er doch mit ihm in fester Verbindung. Und dann die üppigen Gesellschaften in seinem Hause, die stets mit einem hohen Spiel endigten!

Doch damit hatte ja Ella nichts zu schaffen. An den Abendessen nahm sie allerding teil, doch sobald die Tafel aufgehoben wurde, zog sie sich zurück und kam den Abend nicht wieder zum Vorschein. Sie hatte wohl kaum Kenntnis von dem hohen Spiel, das in dem Zimmer des Hofrats stattfand.

Du schmeißt mit meinem Vorschlag nicht einverstanden zu sein?“ fragte Frau von Winnefeld.

„Er atmete tief auf. „Doch, Mama, ich bin einverstanden“, entgegnete er. „Was liegt auch an dem entscheidenden Wort, wie du es nennst! Wir wissen, daß wir uns lieb haben und vertrauen uns, was wir die Treue halten. Die Zeit wird schon kommen, wo wir unsere Liebe auch der Welt offenbaren können. Ich bin nur froh, daß du Ella bei dir empfangen willst, und ich bin überzeugt, daß du sie liebgerinnen wirst.“

„Ich hoffe es, lieber Hemming. Die Vorbedingungen sind gegeben“, versetzte Frau von Winnefeld ruhig und freundlich. „Da ist unser Hotel!“

Man war auf die Budepfeiler Straße gekommen, auf der das Familienhospiz lag, in dem Frau von Winnefeld abgestiegen war.

8. Kapitel.

„Wo steckt denn eigentlich der Hofrat?“ fragte der junge Graf Alex Estorff den Marquis, als sie sich abends im Klub der Kosmopoliten trafen.

„Soviel ich weiß“, entgegnete Paulucci, „hält sich Herr Mohrmann in Wiesbaden behufs einer Kur auf.“

„So! Dann ist wohl Fräulein Mohrmann auch dort?“

„Wie so? — Fräulein Mohrmann begleitet meines Wissens Ihren Vater nicht.“

„Ja, aber sie ist doch verreist?“

„Verreist? Davon weiß ich nichts“, erwiderte der Marquis erstaunt und in einer gewissen Unruhe. „Woraus schließen Sie das?“

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das Oberversicherungsamt in Köslin hat den Ortslohn mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab anderweitig festgesetzt. Die betreffende Bekanntmachung hängt im Schaukasten im Rathausflur vom 17. bis 31. ds. Monats zur Einsicht aus.

Stolp, den 14. Januar 1924.

Das Versicherungsamt für den Stadtkreis Stolp.
J. B. Eylert.

Ich nehme dauernd

Hafer und Gerste

zur Verarbeitung zu

Grüze, Floren und Graupen

an. Abfertigung erfolgt sofort.

Carl Schröder,

Fernruf 509.

Mittelstraße 48.

Sorgt für die Erhaltung der städtischen Volkstüche

durch Geldspenden bei den Banken und Kassen und durch Liebesgaben, die in der Volkstüche wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags entgegen genommen werden.

Die städt. Volkstüche

Reitbahn, Fernruf 1009.

Zigarren, Zigaretten, Rahtabake

sämtlicher führender Marken

Großverkauf

Kleinverkauf

Alwin Schlüter, Stolp

Tabakwarengroßhandlung

Amtsstraße 2

Fernruf 417

Maschinenöle und Fette

Marke „Nordöl“

liefern zu Importpreisen

Edardt & Co., Stolp

Holstentorstr. 20/21 Tel. 21

Frostbeulen,

Frosthände u. s. w. werden Sie ganz schnell und sicher los, wenn Sie das

Radikalmittel

anwenden. Preis 5-

Hohenzollern-Drogerie, Halberstadt/Harz.

Metallbetten

Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)



Zu beziehen durch die **Druggenhandlungen** und die **Friseur.**

Prima Ermländer Ackerpferde

leichte Breußen und eingetauschte billige Pferde

verkauft preiswert

C. Daber

Grüner Weg 50.

Fernruf 230

Trauringe

333 gestempelt

585 " (Dufatengold)

900 "

in jeder Größe am Lager.

Cruft Gast. Holstentorstr. 17.

Geschäftsanzeiger für Handel und Industrie

Maschinenfabrik Adolf Krause & Co., G. m. b. H., Stolp i. Pom.

Fernruf 345

Großlager und Fabriken — landw. Maschinen

Gr. Auckerstr. 3/4

Niederlassungen: Köslin, Bärwalde i. Pom., Stolp i. Pom., Schloppe (Grenzmark), Thorn.

Elektromotoren

Drehstrom 1—30 PS. beste Friedensausführung. — Reparaturen kurzfristig.

Stolper Elektromotorenfabrik H. Ziegler

Ringstraße 4

Telephon 714.

Schlauerstraße 2

Josef Caszkowsky

Stolp i. Pom.

Fernruf 864

Böhlenstr. 13

Ich zahle

stets für Schlachtpferde und Sohlen die höchsten Tagespreise

Bei Notchlachtungen komme auf denkbar : schnellstem Wege. :

Richard Schmidt

Maagen- und Maschinenfabrik
Telephon 633 Stolp i. Pom. Hospitalstr. 7

Nur eigene beste Fabrikate



Laufgewichts- und Fuhrwerkswaagen
Dreh- und Dezimalwaagen erstklassige Fabrikate.

Reparaturen von Waagen jeder Art.

Einzige Spezialfabrik Ostpommerns.

Blumenstraße 18

Töpferstadt 3/4

Möbelfabrik

Carl Merkel

Stolp i. Pom.

*

Große Läger

ganzer Wohnungseinrichtungen sowie Einzelmöbel aller Art

Fernruf 997

Fernruf 997

Stolper Großhandels-gesellschaft

vorm. Fritz Leschner G. m. b. H.

Blumenstr. 28

STOLP

Fernruf 700/701

Getreide, Kartoffeln, Düngemittel